

Das Komplott der Brüsseler Machthaber gegen die nationalen Demokratien

Die EU nutzt den Ukraine-Krieg schamlos zur illegalen Kompetenzerweiterung.

Von Markus C Kerber¹

Über strategische Fragen im Ukraine-Konflikt gibt es zwischen EU-Mitgliedsländern nur Dissens: jedes Land hat seine eigene Agenda.

Die Frage, verkürzt auf die schnell ausgegebene Losung: „Putin darf den Krieg gegen die Ukraine nicht gewinnen!“, wird in fast allen Ländern der EU unterschiedlich beantwortet. In den baltischen Staaten, wo Balten und Russen friedlich kohabitieren, ist die Angst größer als die taktische Intelligenz. Angesichts der historischen Erfahrungen und der erdrückenden Übermacht des russischen Nachbarn bzw. der beschränkten Größe der baltischen Staaten ist diese Haltung verständlich. Auch Finnland und Schweden erinnern sich der reibungsvollen Geschichte mit Russland und präferieren dieselbe Taktik wie das Baltikum : Nato-Beitritt. In Polen scheint der Verstand ausgesetzt zu haben. Obschon selbst an versuchten Großraumbildungen beteiligt, 1934 mit Hitler-Deutschland anfänglich durch einen Vertrag und 1938 durch den Einmarsch in der Rest-Tschechei gemeinsam mit der Wehrmacht (und nachfolgender Annexion von Teschen) verbunden sowie angesichts nie aufgegebenen territorialen Interessen an der Westukraine, ruft, ja schreit man nach dem „All out war“ gegen den altbösen Feind Russland und zeigt – nicht unbegründet- mit dem Finger auf die wirtschaftliche Kooperation Deutschlands mit Putins Russland bis zum 24.2.2022

Währenddessen unternimmt die EU-Kommission das, was sie nicht darf, aber ungeniert bei jeder Krise praktiziert: Sie überschreitet ihre Kompetenzen.

Nachdem der Hohe Beauftragte für die gemeinsame Sicherheitspolitik der EU, Borrell, vor dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, nichts unversucht gelassen hat, um an den Verhandlungstisch mit den Großen der Welt zu gelangen, um die behauptete Existenz einer *europäischen* Sicherheitspolitik zur Geltung zu bringen, beilte er sich am 27.2.2022 - nach Einsicht in die Untauglichkeit seiner Bemühungen -, der ukrainischen Armee mit europäischen Geldern unter die Arme zu greifen. Er schlug dem Rat der EU-Außenminister die Aktivierung der sog. Friedensfazilität vor. Dieses am 22.3.2021 beschlossene Instrument sieht eine außerbudgetäre Finanzierung

¹ Dr. iur. Professor für Finanzwissenschaft und Wirtschaftspolitik an der TU Berlin, Gründer von WWW.europolis-online.org

der Unterstützung von verteidigungspolitischen Maßnahmen der EU im Rahmen der gemeinsamen Sicherheitspolitik vor. Niemand hätte beim Beschluss dieses Instruments vor 23 Monaten daran gedacht, dass der Hohe Beauftragte triumphierend verkünden würde, an die Ukraine Waffen zu liefern und zu behaupten:

„Sie zielen darauf, die Lieferung tödlicher Ausrüstung an die heroische ukrainische Armee zu finanzieren, die mit entschlossenem Widerstand gegen die russischen Invasoren kämpft, und sie wird sie mit dringend benötigten, nicht-tödlichen Lieferungen, wie Kraftstoff, ausstatten.“²

Diese Ausführungen werfen nicht nur ein bezeichnendes Licht auf die intellektuellen Defizite des EU-Beauftragten für Sicherheitspolitik, und dies in einem brandgefährlichen Moment der Sicherheitslage in Europa, in dem es gilt, den Gefahren der russischen Atommacht koordiniert entgegen zu treten. Vielmehr belegen sie auch, dass das Brüsseler Regime außer Kontrolle geraten ist. Niemand in Deutschland - entgegen der vom Bundesverfassungsgericht verlangten Integrationsverantwortung, also der Monitoringpflicht gegenüber dem Brüsseler Gewaltenkonglomerat - ist bereit gewesen, über den am 22.3.2021 getroffenen Beschluss, die „Friedensfazilität“, auch nur ein kritisches Wort zu verlieren. So konnte - als ob dies alles nichts wäre - die Europäische Union sich einen Sonder-Etat in Höhe von 5,7 Mrd. Euro bis 2027 genehmigen, aus dem heraus sie das Recht in Anspruch nimmt, an die Ukraine - einen Drittstaat - Waffen zu liefern. Wir wissen bis heute nicht, welche Waffen zu welchem Preis bei welchen Herstellern von der EU beschafft wurden.³ Fast fühlt man sich die zentrale Vakzin-Beschaffung durch die EU-Kommissionspräsidenten erinnert. Alles bleibt umhüllt vom Brüsseler Nebel, begleitet von der EU-Generaldirektion Kommunikation, die geltend macht, die EU-Kommission handele stets im Interesse Europas.

Die „Friedensfazilität“ ist indes nichts anderes als eine Selbstermächtigung der EU-Kommission, Drittstaaten wie die Ukraine, von denen die Damen und Herren in Brüssel der Meinung sind, dass sie die militärische Unterstützung der EU verdienen, zu völlig intransparenten Bedingungen mit Militärgütern zu beliefern.

Dass die deutsche Politik diese Kompetenzüberschreitungen der EU nicht einmal diskutiert, veranschaulicht die politische Blindheit des deutschen Polit-Personal gegenüber der Brüsseler Machtmaschine. Es scheint, als ob die Ampel-Koalition – allen voran der Kanzler – darüber erleichtert sei, dass Brüssel – fast im Windschatten

² Zitiert nach FAZ vom 27.2.2022 „Waffenpaket der EU- Tödliche Ausrüstung für die heroischen ukrainische Armee“, von Thomas Gutschker

³ Da dieser Beschaffungsbeschluss als auch die Verwendung der entsprechenden Gelder nur einstimmig gefällt werden kann, baute das Brüsseler System schnell eine Vorschrift ein, die es jenen Mitgliedsländern, die sich der Zahlung verweigern, schwierig macht, Nein zu sagen. Sie können nämlich nur dann ihre Zustimmung verweigern, wenn sie sich verpflichten, die Beiträge zur Finanzierung von Waffenlieferungen durch andere Beiträge an die europäische Sicherheitspolitik zu ersetzen. Interessant ist auch das Haftungs-Regime der handelnden Personen:

Keines der Mitglieder des EU-Personals, welches sich um die „Friedensfazilität“ kümmert, kann für ein Verhalten, das nicht grob fahrlässig oder vorsätzlich ist, zur Verantwortung gezogen werden. Der Hohe Beauftragte ist von jeglicher Haftung frei.

der deutschen Öffentlichkeit – Waffen an die Ukraine liefert und ukrainische Soldaten demnächst trainieren will. Das erspart Scholz und seinen Ampel-Gefährten, die Notwendigkeit von Waffenlieferungen vor dem Bundestag zu rechtfertigen. Die Berliner Bequemlichkeit, der Exodus der Deutschen aus dem Politischen, scheint, sich fortzusetzen, wenn man die grünen Konvertiten und ihren kurzfristigen Sinneswandel bei Waffenexporten nur als Konjunkturausschlag ansieht.

„Kein Wille zur Macht“, scheint weiterhin der Slogan des deutschen Politik-Establishments zu sein. Diese Haltung mag für Luxemburg, dessen „Aussenminister“ ohne Unterlass in deutschen Medien seine tumben Dummheiten zu Europa von sich gibt, noch vertretbar ein. Für Deutschland, die Macht in der Mitte Europas, das Land mit den meisten Nachbarn, die größte Volkswirtschaft und somit ein unweigerlicher Machtfaktor in der EU und in Europa ist diese Haltung schlechthin unvertretbar.

Es ist bezeichnend, dass die Folgen dieses erloschenen Machtwillens der Deutschen von einem aus Mitteldeutschland stammenden Schriftsteller, Friedrich Dieckmann, der über jeden Verdacht, rechts zu stehen, erhaben ist, wiederholt und eindringlich formuliert wurde.⁴ In der Krise um die Ukraine wird der Abstieg Deutschlands zum Finanzier überdeutlich. Es ist Macron, der sich in Washington von Präsident Biden feiern lässt, während Kanzler Scholz gleich zu Beginn seines Antrittsbesuchs beim U.S. Präsidenten sich artig dafür bedankte, vorgelassen zu werden.⁵ Auch die Zahlung von 19 Mrd Euro, die EU-Kommissionpräsidentin von der Leyen der Ukraine für 2023 aus der EU-Kasse versprochen hat, rufen beim größten Nettozahler der EU keine Reaktionen hervor. Warum ist der Umfang dieses (verlorenen) Kredits an die Ukraine angesichts eines EU Jahresbudget von ca. 170 Mrd Euro nicht der Erörterung wert, zumal Deutschland der größte EU-Nettozahler ist? Aber selbst auf diesem fiskalischen Gebiet versagen die Reflexe der Bundesregierung. Ganz zu schweigen von einer eigenständigen deutschen Initiative, den Kreml-Herrn mit dem Werte-Imperativ deutscher Politik zu konfrontieren. Warum sendet Scholz keinen Brief an Putin mit dem berühmten Marx/Engels Zitat, das von Lenin übernommen wurde: „Ein Volk, das andere Völker unterdrückt, ist nicht frei.“⁶ Deutsche Kriegsgefangene durften diese Zitate auf Banderolen nach 1945 allzeit in russischen Lägern zur Kenntnis nehmen.⁷ Dieses historische Monitum, an den russischen Präsidenten von einem deutschen Kanzler adressiert, würde seine moralische Wirkung in der Welt nicht verfehlen.

Warum überlässt Scholz das Sondieren dem französischen Präsidenten und die TV-Auftritte in Kiew der Kommissionspräsidentin ? Warum liefert Deutschland dann Waffen, wenn die anderen Nato-Partner es auch tun, statt eine eigene deutsche Position zu definieren, um nicht die Lieferung von Kampfpanzern von der Stimme des Pentagon abhängig zu machen ?

⁴ Sehr lesenswert, Friedrich Dieckmann, Deutsche Daten oder der Lange Weg zum Frieden, 2009; Ders., Was ist deutsch ? Eine Nationalerkundung, Frankfurt/M. 2003

⁵ Wortwörtlich zu Biden: „ Thank you very much for having me“

⁶ So Engels in „ Der Volksstaat vom 17.6.1874“ und ähnlich Lenin, Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Völker (Thesen von 1916): „ Nie kann ein Volk, das andere Völker unterdrückt, frei sein.“ (These 5)

⁷ Vgl. Rüdiger Overmans, Soldaten hinter Stacheldraht, München 2002 S. 142

Die EU hat kein Recht und glücklicherweise noch nicht die Macht, für Deutschland außenpolitisch zu handeln. Mehr noch: Die Krise um die Ukraine gibt Gelegenheit, das selbstherrliche Gebaren in Brüssel endlich unter die demokratische Lupe zu nehmen. Der Bestechungsskandal im Europäischen „Parlament“ ist ein weiterer Anlass dazu. Auch wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk das Publikum sedieren wollte, indem er anfänglich von einem „Korruptionsverdacht“ gegen eine griechische „EP-Abgeordnete“ sprach, lässt sich das Ausmaß der Verfehlungen durch die bisherige EP-Vizepräsidentin Eva Kaili und ihre Mittäter -unabhängig von der strafrechtlichen Würdigung- nicht mehr beschönigen. Die Öffentlichkeit erfüllt ungläubiges Staunen angesichts der Käuflichkeit von aktuellen und ehemaligen Mitgliedern des Europäischen „Parlaments“ und ihrer Mitarbeiter durch Mächte außerhalb der Europäischen Union. Nun wird deutlich, welches parlamentarisch dekorierte Sumpfbilde sich in Brüssel über Jahre herausgebildet hat. Eigentlich sollte das Europäische Parlament die EU-Kommission kontrollieren. Das Europäische Parlament sieht sich gleichwohl weiterhin als Vorreiter der europäischen Integration, ist aber nichts mehr als das Vorzimmer der Europäischen Kommission. Niemand und schon gar nicht der Europäische Gerichtshof oder andere EU-Behörden wie der EU-Rechnungshof wollen sich mit dem europäischen Parlament, dem Gralshüter des Europagedankens anlegen.⁸

Deutschland, will es ein souveränes Land sein, darf das Schicksal Europas in diesen kriegerischen Zeiten nicht dem Brüsseler Komplott, das sich EU nennt, überlassen und sich in die Nato als Musterschüler einreihen.

Borell, Kaili, von der Leyen sind Synonyme eines Machtwillens, der sich auf keinerlei demokratische Legitimität berufen kann, gegenüber den USA peinlich wirkt und nur deshalb fortbesteht, weil Deutschland ihn hinnimmt. Wie lange noch? Die Frage, wann und wie Deutschland von seiner Souveränität Gebrauch macht, ist für Europa und den Ukraine-Konflikt entscheidend.

⁸ *Jacques Lovergne*, der 30 Jahre lang als Spitzenbeamter französische Interessen in Brüssel vertreten hat und der französische Sondergesandte für das Europäische Parlament war, hat ein hinreißendes Sittengemälde unter dem Pseudonym *Didier Modi* verfasst (Der europäische Albtraum ein Projekt wird seziert, Edition Europolis 2017 <https://www.edition-europolis.com/shop/der-europaeische-albtraum/>).